

**Betreff** Delegationsvereinbarung zu ausbrechenden Buslinien in den Main-Taunus-Kreis

Dezernat/e V

☐ Bericht zum Beschluss

Nr. vom

### Erforderliche Stellungnahmen

- ☐ Amt für Innovation, Organisation und Digitalisierung
- ☒ Kämmerei
- ☐ Frauenbeauftragte nach HGIG
- ☐ Frauenbeauftragte nach HGO
- ☐ Sonstiges

- ☐ Rechtsamt
- ☐ Umweltamt: Umweltprüfung
- ☐ Straßenverkehrsbehörde

### Beratungsfolge

Kommission

Ausländerbeirat

Kulturbeirat

Ortsbeirat

Seniorenbeirat

(wird von Amt 16 ausgefüllt) **DL-Nr.**

- |   |                                    |
|---|------------------------------------|
| <input checked="" type="radio"/> nicht erforderlich | erforderlich <input type="radio"/> |
| <input checked="" type="radio"/> nicht erforderlich | erforderlich <input type="radio"/> |
| <input checked="" type="radio"/> nicht erforderlich | erforderlich <input type="radio"/> |
| <input checked="" type="radio"/> nicht erforderlich | erforderlich <input type="radio"/> |
| <input checked="" type="radio"/> nicht erforderlich | erforderlich <input type="radio"/> |

Magistrat Eingangsstempel  
Büro d. Magistrats

Stadtverordnetenversammlung

- ☒ Tagesordnung A Tagesordnung B ☐
- ☐ Umdruck nur für Magistratsmitglieder
- ☐ nicht erforderlich erforderlich ☒
- ☐ öffentlich nicht öffentlich ☐
- ☐ wird im Internet / PIWi veröffentlicht

### Anlagen öffentlich

Anlage 1 - Entwurf Delegationsvereinbarung

### Anlagen nichtöffentlich

## A Finanzielle Auswirkungen

25-V-05-0033

Mit der antragsgemäßen Entscheidung sind

☒ keine finanziellen Auswirkungen verbunden

☐ finanzielle Auswirkungen verbunden (→ in diesem Fall bitte weiter ausfüllen)

### I Aktuelle Prognose Ergebnisrechnung Dezernat

### Prognose Zuschussbedarf

HMS-Ampel

☐ rot

☐ grün

abs.:

in %:

## II Aktuelle Prognose Investitionsmanagement Dezernat

Budget verfügte Ausgaben (Ist)

## Investitionscontrolling

1

## Investition

4

## Instandhaltung

abs.:

in %:

### III Übersicht finanzielle Auswirkungen der Sitzungsvorlage

Es handelt sich um

☐

Mehrkosten

☐

budgettechnische Umsetzung

[illegible]

Bei Bedarf Hinweise | Erläuterung (max. 750 Zeichen)

--

## B Kurzbeschreibung des Vorhabens (verpflichtend)

(Die Inhalte dieses Feldes werden [außer bei vertraulichen Vorlagen, wie z. B. Disziplinarvorlagen] im Internet/Intranet veröffentlicht. Es dürfen hier keine personenbezogenen Daten im Sinne des Hessischen Datenschutzgesetzes verwendet werden (Ausnahme: Einwilligungserklärung des/der Betroffenen liegt vor). Ergänzende Erläuterungen, soweit erforderlich, siehe D. Begründung, Pkt. II)

Mit der Vorlage beschließt die Stadtverordnetenversammlung den Abschluss einer Delegationsvereinbarung zur Übertragung von ÖPNV-Bestellbefugnissen des Main-Taunus-Kreises auf die Landeshauptstadt Wiesbaden. Mit der Delegationsvereinbarung wird die rechtliche Grundlage geschaffen, damit die ESWE Verkehrsgesellschaft mbH auch nach Abschluss eines neuen Öffentlichen Dienstleistungsauftrags die im aktuell gültigen Nahverkehrsplan festgeschriebenen Linienäste des Wiesbadener Stadtverkehrs auf Gemarkung des Main-Taunus-Kreises weiterhin bedienen kann.

## C Beschlussvorschlag

### 1. Es wird zur Kenntnis genommen:

Damit nach Umsetzung des Stadtverordnetenbeschlusses Nr. 0213 vom 03.07.2025 die im geltenden Nahverkehrsplan der LH Wiesbaden definierten Bereiche innerhalb des Main-Taunus-Kreises auch zukünftig durch Buslinien der ESWE Verkehrsgesellschaft mbH bedient werden können, ist der Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Delegationsvereinbarung erforderlich.

### 2. Es wird beschlossen:

2.1. Dem Abschluss der öffentlich-rechtlichen Delegationsvereinbarung zur Übertragung der Vergabebefugnis für Linienverkehre im ÖPNV zwischen der Landeshauptstadt Wiesbaden und dem Main-Taunus-Kreis wird vorbehaltlich der aufsichtsbehördlichen Genehmigung zugestimmt.

2.2. Diese Zustimmung umfasst auch die Ermächtigung ggf. erforderliche redaktionelle Änderungen dieser Vereinbarung vorzunehmen.

## D Begründung

Die Landeshauptstadt Wiesbaden beabsichtigt, mittels Neuvergabe des Öffentlichen Dienstleistungsauftrages zum 01.10.2027, die ESWE Verkehrsgesellschaft mbH mit dem Betrieb des Stadtbusverkehrs bis zum 30.09.2042 direkt zu betrauen (s. StVV-Beschluss Nr. 0213 vom 03.07.2025). Grundlage für die im Öffentlichen Dienstleistungsauftrag genannten Buslinien zur Direktvergabe ist das Liniennetz des am 18. Dezember 2024 beschlossenen Lokalen Nahverkehrsplans, dessen Basisnetz voraussichtlich im Rahmen einer Liniennetzreform im Sommer 2027 realisiert werden wird.

Bei einzelnen Teilabschnitten der im neuen Nahverkehrsplan definierten Stadtbuslinien handelt es sich um sogenannte ausbrechende Verkehre, die das Stadtgebiet Wiesbaden verlassen und im Zuständigkeitsbereich des Main-Taunus-Kreises enden. Konkret handelt es sich dabei zunächst um Linienäste der NVP-Linien M2, 28, 30, der NVP-Sprinterbuslinie X 42 sowie der Nachtbuslinie N 2. Perspektivisch, mit Realisierung des sogenannten NVP-Zielnetzes, zudem um Linienäste der NVP-Linien 15 und 26. Damit diese Linienäste auch weiterhin direkt durch die ESWE Verkehrsgesellschaft mbH bedient werden können, bedarf es des Abschlusses einer entsprechenden Delegationsvereinbarung mit dem Main-Taunus-Kreis (vgl. Anlage 1).

### **I. Auswirkungen der Sitzungsvorlage**

(Angaben zu Zielen, Zielgruppen, Wirkungen/Messgrößen, Quantität, Qualität, Auswirkungen im Konzern auf andere Bereiche, Zeitplan, Erfolgskontrolle)

### **II. Ergänzende Erläuterungen**

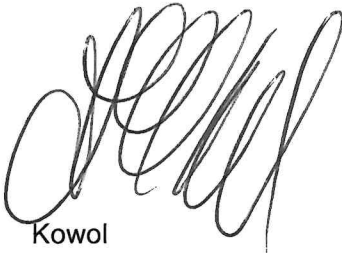
(Demografische Entwicklung, Umsetzung Barrierefreiheit, Klimaschutz/Klima-Anpassung, etc.)

### **III. Geprüfte Alternativen**

(Hier sind die Alternativen darzustellen, welche zwar geprüft wurden, aber nicht zum Zuge kommen sollen)

### **Bestätigung der Dezernent\*innen**

Wiesbaden, den 23.10.2025



Kowol  
Stadtrat